

Editorial

Aufbruch dank Umbruch beim Nachwuchs



Professuren an Schweizer Hochschulen sind im internationalen Vergleich sehr attraktiv. Doch es ist ein Trugschluss zu glauben,

dass eine wissenschaftliche Karriere für Schweizer Talente ebenso attraktiv ist. Denn diese wird erst zum Schluss mit einem Lehrstuhl gekrönt. Wer sich für eine wissenschaftliche Laufbahn entscheidet, lässt sich im Vergleich zu anderen Berufskarrieren auf eine Gleichung mit vielen Unbekannten ein.

Unser Wissensstandort leidet deshalb unter einem latenten Mangel an einheimischem Nachwuchs. Heute können wir die Nachwuchslücken an Universitäten und Fachhochschulen dank der Zuwanderung ausländischer Forschenden und Dozierenden schliessen. Aber wird dies in Zukunft noch im gleichen Ausmass möglich sein?

Nach dem Volks-Ja zur Initiative gegen Masseneinwanderung braucht es also dringender denn je einen Umbruch in der Laufbahnstruktur vieler Hochschulen und neue Anreize. Ende Mai hat der Bundesrat Massnahmen präsentiert, mit welchen der Nachwuchs gezielt gefördert werden soll. Wir haben diesen Bericht mit Spannung erwartet und sind als Parlamentarier nun gefordert, im Hinblick auf die nächste BFI-Botschaft 2017-2020 die Weichen richtig zu stellen: Damit der notwendige Umbruch für unseren Wissensplatz hoffentlich auch zu einem Aufbruch führt.

Christian Wasserfallen

Nationalrat,
Mitglied des Politikerteams FUTURE

Wissenschaftlicher Nachwuchs

Es ist Zeit zu handeln

Der einheimische Nachwuchs an Schweizer Hochschulen ist rar. Jetzt zeigt der Bund Handlungsbedarf und Lösungswege auf. Mehr Assistenzprofessuren mit Tenure Track könnten die wissenschaftliche Karriere attraktiver machen.

Die universitären Hochschulen in der Schweiz sind stark von wissenschaftlichem Personal aus dem Ausland abhängig. Jeder zweite Forschende ist ein Bildungsausländer. Für einheimische Talente ist eine akademische Karriere an Schweizer Universitäten zu wenig attraktiv. In welchem Ausmass der Personalbedarf künftig durch Zuwanderung gedeckt werden kann, ist nach der Annahme des neuen Verfassungsartikels durch Volk und Stände vom 9. Februar 2014 ungewiss. Um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die Schweiz ihre einheimischen Talente für die Forschung begeistern. Ein vom Bundesrat verabschiedeter Bericht über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz empfiehlt Verbesserungen der Rahmenbedingungen und stellt konkrete Massnahmen zur Diskussion.

Assistenzprofessuren für den Mittelbau

An den universitären Hochschulen besteht der grösste Handlungsbedarf bei Doktorierenden und Postdoktorierenden – im sogenannten Mittelbau. Die Löhne von Doktorierenden sind vergleichsweise tief, die Pensen hoch und trotzdem bleibt oft wenig Zeit für die eigene Forschung. Für viele inländische Talente sind deshalb die Angebote auf dem übrigen Arbeitsmarkt interessanter als eine akademische Laufbahn. Lösungsansätze wie höhere Löhne und garantierte Zeitfenster für eigene Projekte wurden schon eingeleitet. Aber das alleine reicht nicht aus.

Die Karriereschritte zwischen Doktorat und Professur sind schlecht definiert und

schwierig planbar. Es fehlen in der Schweiz längerfristige Stellen unterhalb der Professorenstufe. Viele Promovierte hangeln sich ohne konkretes Ziel vor Augen von der einen befristeten Stelle zur nächsten. Eine bessere Planbarkeit ermöglichen Assistenzprofessuren mit Tenure Track: In dieser Position können sich Wissenschaftler in der Postdoc-Phase über mehrere Jahre eigenständig profilieren und wenn sie sich bewähren, erhalten sie eine Festanstellung. Der Bund will Sondermassnahmen als Anreize für mehr Tenure Track-Stellen prüfen.

Perspektiven für die Fachhochschulen

Für die Fachhochschulen besteht eine grosse Herausforderung in der Verbesserung der Laufbahnmodelle des forschenden Personals. Künftig sollen Kooperationen zwischen Fachhochschulen und Universitäten bei der Weiterqualifizierung über ein Doktorat einfacher sein. Mit projektgebundenen Beiträgen könnten Bund und Kantone die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen sowie zwischen Wissenschaft und Praxis vermehrt fördern.

Weitere Schritte zur Chancengleichheit

Handlungsbedarf besteht nach wie vor bei der Unterstützung des weiblichen Nachwuchses. Auch heute noch sind Professorinnen an den Hochschulen deutlich in der Minderzahl. Viele Frauen verlassen die akademische Laufbahn auf Stufe des Mittelbaus, vor allem wegen der schwierigen Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Familie. Mit der Weiterführung der Bundesprogramme «Chancengleichheit» werden Fortschritte erhofft. Der Nachwuchsbericht des Bundes ist eine gute Grundlage für die Diskussion der notwendigen Massnahmen. Der Bund will die Lösungsansätze im Hinblick auf die Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation 2017-2020 prüfen und konkretisieren.

news

Stipendienwesen

Nein zur materiellen Harmonisierung

Die Kommission des Ständerats unterstützt den indirekten Gegenvorschlag zur Stipendieninitiative. Eine anreizorientierte Verteilung sowie eine Erhöhung der Bundesbeiträge lehnt sie aber ab.

Mit 9 zu 4 Stimmen hat sich die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) gegen die Stipendieninitiative des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften (VSS) ausgesprochen. Damit folgte sie dem Entscheid des Nationalrats, der sich bereits in der vergangenen Frühjahrssession mit dem Stipendienwesen beschäftigt hatte. Die Kommission nahm jedoch den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats in Form einer Totalrevision des Ausbil-

dungsbeitragsgesetzes einstimmig an. Auch hier herrscht Einigkeit mit dem Erstrat: Die WBK-S stimmte in allen Punkten dem Nationalrat zu und unterstützt eine formelle Harmonisierung des Schweizer Stipendienwesens. So sollen künftig nur noch diejenigen Kantone Bundessubventionen für Stipendien erhalten, die sich an die Leitlinien des interkantonalen Stipendienkonkordats halten.

Eine Motion für eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Ausbildungsbeiträgen scheiterte deutlich.

Die Unterstützung des Bundes soll jedoch wie bis anhin gemäss der Wohnbevölke-

rung an die Kantone verteilt werden. Einen Antrag für die Abänderung des Verteilmechanismus nach Massgabe der effektiv erstatteten Beiträge der Kantone lehnte die WBK-S mit 9 zu 4 Stimmen ab. Die Minderheit hält aber an diesem Antrag fest, um ein Anreizsystem für höhere kantonale Beiträge und somit einen Schritt hin zur materiellen Harmonisierung zu erwirken. Eine Motion für eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Ausbildungsbeiträgen scheiterte in der Kommission der kleinen Kammer mit 10 zu 3 Stimmen deutlich. Dies im Unterschied zum Nationalrat, der diesen Vorstoss im März angenommen hatte.

Kommentar**Zugang zum Studium ist entscheidend**

Mehr Mittel für Stipendien und eine deutliche materielle Harmonisierung zwischen den Kantonen: Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) schlug gewichtige Veränderungen für den Zugang zur höheren Bildung vor. Leider setzt das Parlament den Inhalt des Gesetzesentwurfs jetzt aufs Spiel. Noch bleibt Zeit, dies zu korrigieren.

Einerseits weist die Kommission des Ständerats die Motion für mehr Bundesmittel für Stipendien zurück. Noch schlimmer ist, dass sie die Verteilung der Subventionen in Abhängigkeit der Anstrengungen der Kantone ablehnt und stattdessen das heutige Kriterium der Wohnbevölkerung vorzieht. Keinen Franken mehr und ein Modell, das die Untätigkeit fördert: Der Ständerat ist im Begriff, die Arbeiten eines halben Jahres zunichtezumachen und unser Bildungssystem abzustrafen.

Unser Stipendienwesen ist eines der schwächsten der Welt. Ohne Rohstoffe (und ohne Bankgeheimnis) sind wir auf kluge Köpfe angewiesen. Wir müssen die jungen Talente in der Schweiz an die Hochschulen führen und sie für ambi-

tionierte akademische Karrieren motivieren – unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund. Für ein Land ohne Rohstoffe ist ein effizientes Stipendienwesen einer der höchsten Trümpfe im Spiel. Es ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit!

Der Ständerat behandelt die Vorlage am 5. Juni 2014. Hoffen wir, dass er erkennt, was auf dem Spiel steht. Die Förderung der klugen Köpfe hat für den Werkplatz Schweiz höchste Priorität.

Fathi Derder

Nationalrat,
Präsident der Subkommission
über die Stipendien und
Mitglied des Politikerteams FUTURE

Schweiz – EU

Die grosse Unbekannte

Mit jedem Tag schwinden die Chancen der Schweiz, sich an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der Europäischen Union noch assoziieren zu können. Die eingeleiteten Übergangsmassnahmen sollen den Schaden begrenzen.

Seit Anfang Mai keimt wieder etwas Hoffnung auf eine teilweise Beteiligung der Schweiz an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der Europäischen Union (EU). Nachdem sich der Bundesrat bereit erklärt hat, Bürgerinnen und Bürger aus Kroatien zum Schweizer Arbeitsmarkt zuzulassen, scheint der Weg für Verhandlungen wieder frei. Doch viel getan hat sich seither nicht. Noch immer herrscht bei Studierenden und Hochschulen Unsicherheit darüber, ob sie in Zukunft ihre internationalen Projekte im Rahmen von Erasmus+ und Horizon 2020 planen und realisieren können – und falls ja, ab wann und zu welchen Bedingungen?

Nach wie vor strebt der Bundesrat eine Assoziierung an die Programme der EU an. Das fordern auch die Mehrheiten der Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur von National- und Ständerat. Sie haben beide eine gleich lautende Mo-

tion eingereicht, mit der sie Klarheit für Studierende, Forschende, Hochschulen und Unternehmen fordern. Der Bundesrat empfiehlt die Vorstösse dem Parlament zur Annahme. Er will konkrete Übergangslösungen einleiten und deren Finanzierung sicherstellen.

Schadensbegrenzung aufgegleist

Um die unmittelbarsten Schäden in Grenzen zu halten, haben der Bund und der Schweizerische Nationalfonds (SNF) Übergangsmassnahmen für das Jahr 2014 auf die Beine gestellt. Der SNF hat in Absprache mit dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) mit zwei Ausschreibungen auf den Ausschluss der in der Schweiz tätigen Forschenden von den Förderungen des Europäischen Forschungsrats (ERC) reagiert. Er hat einen kurzfristigen Ersatz für die prestigeträchtigen Starting Grants und Consolidator Grants des ERC geschaffen, finanziert durch die Schweizer Pflichtbeiträge für 2014. Doch diese einmalige Massnahme kann den Ausschluss von Horizon 2020 allerhöchstens abfedern. Der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Forschung wiegt nach wie vor sehr schwer.

Derweil hat der Bundesrat eine Übergangslösung für das Bildungsprogramm Erasmus+ verabschiedet. Er will mit den Programmbeiträgen für das Jahr 2014 vor allem die Lernmobilität aufrechterhalten. Aufgrund der fehlenden Assoziierung muss jedoch auf den Grossteil verschiedener Projektaktivitäten verzichtet werden.

Studierende nicht kontingentieren

Ende Juni dieses Jahres will der Bundesrat erste Vorschläge für die Umsetzung der Initiative gegen Masseneinwanderung vorlegen. Bei der Reform des Schweizer Zuwanderungssystems geht es auch für die Hochschulen um sehr viel: Wollen sie in Zukunft weiterhin erfolgreich sein, müssen sie die im Inland fehlenden Fachkräfte wie Forschende und Dozierende im Ausland rekrutieren können. Für die Exzellenz der hiesigen Hochschulen ist es ausserdem wichtig, dass sie für Studierende aus dem Ausland attraktiv bleiben. Darum plädiert die Universitätsrektorenkonferenz dafür, dass talentierte ausländische Studierende in der Schweiz ohne über die Aufnahmekapazität der Hochschulen hinausgehende Einschränkungen verkehren sollen.

news

Weiterbildungsgesetz

Bereinigung der Differenzen in Sichtweite

In der Sommersession werden die letzten Differenzen zwischen den eidgenössischen Räten bezüglich des Weiterbildungsgesetzes (WeBiG) bereinigt. Der Ball liegt zuerst beim Ständerat: Seine Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) kommt dem Nationalrat bei der Anrechnung von Leistungen an die formale Bildung entgegen. Sie

unterstützt dessen Vorschlag, Organisationen der Arbeitswelt sowie hochschulpolitische Organe bei der Anrechenbarkeit von Weiterbildungen in die Pflicht zu nehmen. Bei den Wettbewerbsbedingungen schlägt die WBK-S einen Kompromiss mit einer Neuformulierung vor: So sollen Weiterbildungen mindestens zu kostendeckenden Preisen angeboten werden.

Der Gesetzesartikel soll verhindern, dass weder öffentliche noch private Anbieter benachteiligt sind. In einem Punkt beharren die Kommissionsmitglieder jedoch auf ihrer Position: Sie wollen im WeBiG festhalten, dass auch die Arbeitgeber eine gewisse Verantwortung für die Weiterbildung ihrer Angestellten übernehmen müssen.



Vize-Präsidentin Josiane Aubert tritt zurück

Nach sieben Jahren unter der Bundeshauskuppel tritt Nationalrätin Josiane Aubert per 1. Juni 2014 von ihrem Mandat zurück. Die Waadtländerin arbeitete über sechs Jahre in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur der grossen Kammer und war zwei Jahre deren Präsidentin. Seit 2008 engagierte sich Josiane Aubert im Politikerteam des Netzwerks FUTURE und repräsentierte dieses als Vize-Präsidentin. Trägerschaft und Geschäftsstelle des Netzwerks bedanken sich bei Josiane Aubert für ihr wertvolles und zuverlässiges Engagement und wünschen Ihr für die Zukunft alles Gute.

Gegen höhere ETH-Gebühren für ausländische Studierende

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) lehnte die Motion ihrer Schwesterkommission für differenzierte ETH-Gebühren mit 8 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung ab. Der Vorstoss verlangt höhere Gebühren von Studierenden, deren Eltern nicht in der Schweiz steuerpflichtig sind. Die WBK-S unterstützt die Absicht des Bundesrats, eine Änderung des ETH-Gesetzes im Rahmen der BFI-Botschaft 2017–2020 vorzunehmen.

Astrid Epiney Rektorin ab März 2015

Die Universität Freiburg hat Astrid Epiney für das Amt der Rektorin in den Jahren 2015 bis 2019 gewählt. Die Professorin für Europa- und Völkerrecht soll das Amt am 15. März 2015 von Professor Guido Vergauwen übernehmen. Die Wahl muss vom Staatsrat des Kantons Freiburg bestätigt werden.

News auf netzwerk-future.ch

Auf der Website des Netzwerks FUTURE www.netzwerk-future.ch finden Sie täglich aktualisierte News zum Thema Bildung, Forschung und Innovation.

Forderung nach nationaler Bildungsstrategie

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz schlagen Bund und Kantone vor, eine nationale Bildungsstrategie zu erstellen. In der Schweiz fehle eine klare bildungspolitische Zielsetzung. Mit einem gemeinsamen Vorgehen sollten die verschiedenen Bildungsakteure bestehende Herausforderungen wie beispielsweise den Mangel an Fachkräften besser bewältigen können.

Acht Prozent mehr Mittel für die Grundlagenforschung im Jahr 2013

Im Jahr 2013 konnte der Schweizerische Nationalfonds (SNF) 819 Millionen Franken in die Grundlagenforschung investieren. Das entspricht einem Wachstum von acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von den über 3400 unterstützten Projekten sind 40 Prozent im Bereich Biologie und Medizin anzuordnen, 33 Prozent in Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften und 27 Prozent in den Geistes- und Sozialwissenschaften. 2013 setzte der SNF zudem diverse Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs um.

40 neue Förderungsprofessuren

2014 vergibt der Schweizerische Nationalfonds 40 Förderungsprofessuren. Er fördert hervorragende Nachwuchsforschende mit durchschnittlich 1,45 Millionen Franken über 4 Jahre. 12 der berücksichtigten Nachwuchswissenschaftler kehren aus dem Ausland in die Schweiz zurück. Die Universität Zürich erhält 10 Förderungsprofessuren, die Universitäten Freiburg und Lausanne je 6, die Universität Basel 5 und die ETH Zürich 4. Je 3 Förderungen gehen an die Universitäten Bern und Genf, 2 an die Universität Luzern und eine an die ETH Lausanne.

Energieforschung: Letzte Kompetenzzentren besetzt

Ein Steuerungskomitee hat die letzten beiden Swiss Competence Centers for Energy Research (SCCER) im Bereich Effizienz bewilligt. Die beiden SCCER besetzen das letzte von insgesamt sieben Aktionsfeldern und nehmen ihren Betrieb Mitte 2014 auf. Sie sind Teil des Aktionsplans «Koordinierte Energieforschung Schweiz» und sollen zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 des Bundes beitragen.

Innovationspark: Acht Kantone bewerben sich als Netzwerkstandort

Im Wettbewerb um die Netzwerkstandorte eines nationalen Innovationsparks haben die Kantone bei der Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) acht Dossiers eingereicht. Nach der Beurteilung einer Expertengruppe wird der Vorstand der VDK die Bewerbungen prüfen und der Plenarversammlung im Juni 2014 einen Konzeptvorschlag unterbreiten. Der nationale Innovationspark soll den Betrieb per 2016 aufnehmen.

Impressum

Münstergasse 64/66
3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
Fax 031 351 88 47
www.netzwerk-future.ch

© Netzwerk FUTURE 2014

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.